



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

100 Jahre Ortsverein Bremervörde

Königsberger Ring 2 , 27432 Bremervörde

H.-K. Genter-Mickley, Vorsitzender

Tel: 4761/3978 Fax: 04761/ 921745 Email: ekgm2@t-online.de

Pressemitteilung,
verbunden mit der Bitte um zeitnahe und vollständige Veröffentlichung

Bremervörde, den 19.02.2015

Kein Schulkrieg im Nordkreis?

SPD Bremervörde kritisiert die gemeinsame Vereinbarung der vier Hauptverwaltungsbeamten des Nordkreises über die zukünftige Schulstruktur im Sekundarbereich I als untauglich.

Mit großem Interesse hat die SPD Bremervörde die Aussagen der vier Hauptverwaltungsbeamten aus Bremervörde, Selsingen, Geestequelle und Gnarrenburg in der örtlichen Presse zur Kenntnis genommen, wonach im Nordkreis Einigkeit über die Schulstruktur des Sekundarbereichs I bestehe: "Vier starke Oberschulen mit eigenen Profilen und Schwerpunkten, das Bremervörder Gymnasium als Speerspitze" – So lautet die Aussage, also kein Grund zum „Schulkrieg“?

So viel Einigkeit erstaunt. Was da auf den ersten Blick als zukunftsweisende Lösung für den Nordkreis verkauft wird, erweist sich bei genauerem Hinsehen allerdings als reines Wunschdenken. Hat man doch hier absichtlich - oder auch nicht - die Tatsache übersehen, dass in Wirklichkeit die Situation im Nordkreis gar nicht so einheitlich ist. So existieren zur Zeit nicht vier Oberschulen, sondern lediglich nur drei. Während zwei davon, Selsingen und Geestequelle, ohne gymnasialen Zug ausgestattet sind, verfügt die Oberschule in Gnarrenburg schon über einen zusätzlichen gymnasialen Zweig. In Bremervörde gibt es dagegen bisher nur eine Empfehlung des Rates, die Hauptschule und die Realschule zukünftig in eine Oberschule ohne gymnasialen Zweig zu überführen. Beide Kollegien bevorzugen aber im Moment die Selbstständigkeit.

Zur Zeit gibt es also die „vier Oberschulen“ gar nicht. Ebenso wenig sind sie alle gleich „stark“, da sie nicht, wie in Gnarrenburg, über den zusätzlichen gymnasialen Zweig verfügen.

Weiter erfährt man, dass man "sich nicht gegenseitig die Schüler wegnehmen" wolle, und verweist warnend und missbilligend auf entsprechende Entwicklungen im Bereich Zeven und dem Altkreis Rotenburg, wo das Gegenteil schon eingetreten ist.

Leider geht man in dieser „Oereleer Vereinbarung“ nicht auf die wahren Ursachen für den sogenannten "Schulkrieg" ein. Die Hauptursache dafür ist nicht das Unvermögen der dort politisch Handelnden sich nach dem vermeintlichen Vorbild des Nordkreises zu einigen. Nein, es geht schlicht darum, dass die Schüler/innenzahlen seit Jahren im ganzen Kreis Rotenburg rückläufig sind. Dies zwingt die einzelnen Kommunen verständlicherweise dazu, Überlegungen anzustellen, wie man seinen Schulstandort wegen der negativen Folgen für die eigene kommunale Weiterentwicklung möglichst gut absichern kann. Da die eigenen Schüler/innenzahlen oft nicht mehr ausreichen, liegt es nahe, durch bessere schulische Angebote diese Zahlen auf Kosten der Nachbarn aufzubessern.

Dieser vorhersehbaren, für den „Schulfrieden“ gefährlichen Entwicklung hat man aber mit der "Oereleer Vereinbarung" leider kein gemeinsames, zukunftsweisendes Konzept entgegengestellt um die gegenseitige „Kannibalisierung der Schulstandorte“ wirkungsvoll zu vermeiden.

Die gemeinsame Vereinbarung enthält nur eine sehr ungenaue Beschreibung des derzeitigen Zustands im Sekundarbereich I des Nordkreises und empfiehlt als einziges Mittel gegen den „Schulkrieg“ den Um- bzw. Neubau von Schulgebäuden - Gebäudemanagement an Stelle von inhaltlichen und strukturellen Überlegungen.

„Wir werden rückläufige Schülerzahlen haben, in drei Jahren fängt es an“, wird von den Hauptverwaltungsbeamten zwar selbst eingeräumt. Der eigentlich gut gemeinte Vorschlag, den dann freiwerdenden Schulraum für besseren Unterrichtsbedingungen zu nutzen, geht aber ins Leere, wenn der Schulstandort mangels Schüler/innenzahlen auf Anweisung der Landesschulbehörde geschlossen werden muss.

Wie man dann mit der schwierigen Situation gemeinsam umgehen will, darüber erfährt die Öffentlichkeit leider nichts.

Dabei müssten die negativen Erfahrungen und Verwundungen eines jahrelangen „Grundschulkriegs“ in Bremervörde, verursacht durch das Fehlen eines eben solchen Gesamtkonzepts, eine Warnung sein. Dass dies den vier Hauptverwaltungsbeamten nicht bekannt sein sollte, erscheint unwahrscheinlich, trotzdem zieht man daraus keine Lehren.

Von den oben erwähnten vier Schulstandorten im Norden sind mittelfristig ein, wenn nicht zwei obsolet, oder zumindest stark gefährdet. Diesen Fall haben die vier Verwaltungsbeamten - wie gesagt - gar nicht in ihre Überlegungen einbezogen. Ein Notplan, wie man dann gemeinsam vorgehen will, um den "Schulkrieg" zu vermeiden, existiert nicht.

Stattdessen mauert man seinen eigenen Schulstandort ein und warnt vor der Einrichtung einer IGS in Bremervörde, weil "dann die Schüler/innenzahlen für alle vier Standorte nicht mehr berechenbar" wären. Ebenso wird dadurch eine starke Gefährdung des Bremervörder Gymnasiums befürchtet, obwohl man in Teilen selbst durch die Einrichtung eines gymnasialen Zweigs an der Oberschule in Gnarrenburg, ohne Absprache oder Rücksicht auf die Nachbarkommunen, aktiv zu dieser Gefährdung beigetragen hat. Dies hat sicher dem Schulstandort Gnarrenburg geholfen. Am Gymnasium in Bremervörde aber hat es zur Reduzierung der Schüler/innenzahlen geführt.

Auch die Forderung an den Kreis, Gelder für die Renovierung des Bremervörder Gymnasiums bereitzustellen, um die Attraktivität dieser Schulform zu steigern, wird das eigentliche Problem der rückläufigen Schüler/innenzahlen am Gymnasium nicht lösen. Hier kann nur die Abschaffung des Turboabiturs und die Einführung des 13. Schuljahrs eine positive Wende bringen, wie es das neue Schulgesetz für Niedersachsen vorsieht.

Die in der Schulgesetznovelle der Rot-Grünen Landesregierung enthaltenen Verbesserungen könnten auch eine Chance für die Umsetzung einer modernen Schulstruktur im Sekundarbereich I für den ländlich geprägten Nordkreis sein. Unverständlicherweise nimmt die „Oereleer Vereinbarung“ der vier Hauptverwaltungsbeamten davon keine Notiz.

Die Idee einer gemeinsamen Verständigung der Kommunen des Nordkreises über die zukünftige Schulstruktur im Sekundarbereich I ist sicher der richtige Weg.

Die in Oerel getroffene Vereinbarung der Hauptverwaltungsbeamten allerdings ist der falsche Weg, weil sie keine gemeinsamen Lösungswege für die zukünftige Schulentwicklung anbietet.

Den sogenannten „Schulkrieg“ zwischen den vier Kommunen wird diese „Oereleer Vereinbarung“ aus den oben genannten Mängeln folglich nicht verhindern können.

gez.

Hans-Klaus Genter-Mickley

Vorsitzender SPD Bremervörde